

Gedenkfeier für die Opfer des Genozids an den Armeniern

Berlin, am 24. April 2010

Ansprache: Vartkes Alyanak

Vorstand der Armenischen Gemeinde zu Berlin

Verehrte Anwesende, liebe Mitglieder unserer Gemeinde,

es freut mich sehr, Sie heute im Namen der Armenischen Gemeinde zu Berlin zum Gedenktag an die Opfer des Genozids von 1915/16 begrüßen zu dürfen.

Verehrter Herr Momper, Verehrter Herr Professor Knigge, Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,

Sehr geehrte Mitglieder der Landtage, Sehr geehrte Vertreter der Botschaften,

Liebe Mitglieder der aramäischen Gemeinde, deren Schicksal so eng mit dem unseren verbunden ist, mit denen wir in der Heimat Freude und Trauer und auch die Erfahrung der vernichtenden Gewalt des Völkermords von 1915/16 geteilt haben und die heute wieder neben uns in der Diaspora leben.

Liebe Mitglieder der Hellenischen Gemeinde zu Berlin, darunter die der Pontos-Griechen, die auch ein schweres Schicksal zu tragen haben wie die Griechen aus ganz Kleinasien, sämtlich Opfer vom gleichen Täter.

Liebe Mitglieder der jüdischen Gemeinde – Frau Süsskind, wir freuen uns wirklich sehr, Sie hier bei unserer diesjährigen Gedenkfeier zu begrüßen.

Es ist für uns eine große Ehre, dass Sie alle heute an dieser Gedenkstunde teilnehmen.

Gerade seit Beginn diesen Jahres schlägt die Debatte um den Umgang mit dem Genozid an den Armeniern hohe Wellen.

Doch geht es in diesen Debatten nicht um Fragen des Gedenkens. Es geht nicht um die Frage, welche Verantwortungen aus der Geschichte zu ziehen sind. Es geht nicht darum, wie die Geschichte der Armenier wieder zurückgebracht werden kann, wie sie wieder eingeschrieben werden kann in die Geschichte einer Region, aus der sie gewaltsam und radikal gelöscht wurde.

Heute geht es hingegen um Formen des Aufeinanderzugehens.

Es geht darum, wie der armenische Präsident Sersch Sargisjan Anfang April im Interview mit dem Magazin *Der Spiegel* erklärte, dass eine "Zusammenarbeit für Türken und Armenier alternativlos" sei. Und dass eine "Jahrhunderte währende Feindschaft" durchbrochen werden müsse.

Es geht um die Frage, ob die USA und Schweden mit der ausgesprochenen Anerkennung des Genozids die Türkei international verärgern. Kurz: es geht um Formen der politischen Verständigung. Es geht um Formen der Kommunikation auf der Ebene internationaler Politik. Es geht darum, die Türkei möglichst problemlos einzubinden in die internationalen Pläne für die Gewähr von Sicherheit und Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert.

Worum es nicht geht, das ist die Vergangenheit und die Zukunft der westarmenischen Diaspora. So geht es nicht um die Erinnerung der Nachkommen der Überlebenden. Es geht nicht um die Geschichte des 3.000 Jahre alten Armeniens, das 1915 aus der modernen Geschichtsschreibung gelöscht wurde. Es geht nicht um die Wiederentdeckung der gewaltsamen zerstörten modernen armenischen Kultur. Es geht nicht um die Heimat der Armenier, die seit dem 19. Jahrhundert im Rahmen eines entstehenden türkischen Nationalismus als "Heimstätte" eines türkischen Volkes erklärt wurde.

Es geht nicht um die Erzählungen der Überlebenden: um die Wochen der Deportation, während sie Gewalt und Hunger erlitten, um die Ermordungen, die sie miterlebten, um die Tode der Eltern und Geschwister, deren Zeugen sie wurden.

Verehrte Anwesende,

es hat mich tief getroffen, mit welchen zum Teil barschen Worten wir in diesem Jahr Absagen erhalten haben, als wir während der Vorbereitung versuchten, Gäste aus der Bundes- und Landespolitik für den heutigen Tag einzuladen.

Gestatten Sie mir, einen persönlichen Eindruck in Worte zu fassen: selten habe ich in den letzten Jahren eine solche Ohnmacht gespürt wie heute, wo man in die Rolle eines Lobbyisten gedrängt wird; wo man nicht mehr Angehöriger einer Diaspora mit einer jahrhundertealten Geschichte ist, sondern Mitglied der "Armenischen Lobby", wo man als Nationalist tituliert wird, der nicht verzeihen will.

Sicherlich – auf irgendeine Weise ist man als Armenier daran gewöhnt, dass man sich stets erklären muss. Man ist daran gewöhnt, zu erläutern, dass die Geschichte Westarmeniens über tausend Jahre eine ganz andere Geschichte ist als die Geschichte Ostarmeniens.

Man muss erklären, dass wir Westarmenier keine Auslandsarmenier sind. Insbesondere ist ständig zu erläutern, dass die Armenier keine Minderheit im Osmanischen Reich waren.

Heute muss man zudem erörtern, warum man sich nicht "versöhnen" will.

Doch wie sollte man versöhnen?

"Versöhnung" leistet einen Beitrag auf der Ebene der Politik. Über Politikformen der Versöhnung werden Verhandlungstische zusammengerufen, es werden Programme wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit entworfen. Eine "Politik der Versöhnung" stärkt die Solidarität der Staaten der internationalen Weltgesellschaft, weil sie erlaubt, Konfliktpotentiale zu mindern. Die "Politik der Versöhnung" erlaubt es Täterstaaten, nicht mehr als Täter, sondern als Partner in der Politik aufzutreten.

Wer heute von den Westarmeniern verlangt, zu versöhnen, der verlangt nicht nur, dass sie verzeihen, der verlangt auch, dass sie in eine strategisch veränderte Geschichtserzählung einwilligen.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war die Haltung der jungen Republik Türkei davon bestimmt, die Zahl der Toten zu bestreiten und die Deportationen als Kriegsmaßnahme zu erklären.

Diese Argumente wurden Generation für Generation wieder aufgenommen und verdichtet: es entstand ein Geflecht einer Gegengeschichte, das bis heute standhält.

Bemerkenswert ist, dass sich stets neue Argumente in diese Gegenerzählung einbinden ließen: So wird heute der systematische Charakter der Deportationen und Ermordungen bestritten, es werden Begriffe wie Massaker favorisiert; es werden falsche Bilder dadurch erweckt, dass man die Geschichte der Armenier und Türken als eine Geschichte einer verfeindeten Nachbarschaft erklärt.

Lassen Sie mich der Ohnmacht Ausdruck verleihen, jener Ohnmacht gegenüber den Strategien der Politik, mit denen in jedem Jahrzehnt neu den Armeniern auf irgendeine Weise eine Mitschuld zugeschoben wird, um die Täterschaft der Türkei zu mindern. Man fühlt sich ohnmächtig gerade auch in der europäischen, ja, insbesondere auch in der deutschen Öffentlichkeit.

Will man sich hier der "Frage des Völkermords" öffnen, dann wird auf Gesprächsrunden bestanden, die "ausgeglichen" besetzt sein sollen, das heißt die zu gleichen Teilen aus Türken, Armeniern und deutschen Experten bestehen.

Werden Experten zur Geschichte der Armenier befragt, dann fragt man vielleicht noch Wissenschaftler oder Persönlichkeiten aus der Republik Armenien, aber nicht die Träger des Erbes des Völkermords, nicht die Nachkommen der Überlebenden.

Denn die literarischen und wissenschaftlichen Publikationen der Diaspora-Angehörigen werden als parteiisch und subjektiv betrachtet.

Was uns bleibt ist kaum mehr als dieser Gedenktag, der Gedenktag des 24. April, der einen geschützten Raum gewährt, um die Täter zu benennen und die Opfer benennen zu dürfen. Dieser Tag trägt seine Bedeutung als ein geschützter Raum, weil er erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, dass die Grenze zwischen Tätern und Opfern nicht verwischt werden kann, dass der Unterschied zwischen Tätern und Opfern nicht relativierbar ist und für immer gilt.

Auch wenn man von Verzeihen oder Versöhnen sprechen will oder, wie es die Republik Armenien tut, von Zusammenarbeit, muss diese nicht überschreitbare Grenze anerkannt sein.

Meine Damen und Herren,

liebe Mitglieder der armenischen Gemeinde zu Berlin,

liebe Freunde, liebe Gäste,

gegenwärtig müssen wir uns erneut fragen, wo das Gedenken der Armenier steht. Wo es seinen Platz haben darf. Wo es eine Zukunft hat.

Das armenische Gedenken steht dabei heute zunächst in einem Raum, in den es eigentlich nicht hingehört: denn es steht im Raum der ständigen Selbsterklärungen, der Verteidigung, ja, der Rechtfertigung, warum man gedenkt.

Denn das armenische Gedenken wird begleitet von Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit, in denen es nicht als eine Form der Erinnerung angesehen wird, sondern in denen kritisiert wird, es sei eine Demonstration gegen den türkischen Geschichtsfeind.

Angesichts dieser Rahmung besteht für uns das Risiko, so beschäftigt zu sein mit jenen Erklärungen und Selbsterklärungen, dass wir ganz übersehen, was wir wirklich betrauern müssen: Nämlich das wir, als Westarmenier, bis heute keine Orte haben des Gedenkens.

Ein Denkmal bauen?

Man kann so viele Denkmäler auf der Welt errichten, solange kein Denkmal an den Orten des Verbrechens steht, sind solche Initiativen nur leere Symbole.

Wir möchten an den Ort gehen können, an dem unsere Vorfahren gelebt haben. Wir möchten die Strasse sehen, wo ihre Häuser waren. Wir möchten die Brunnen sehen, in die man die Kinder geworfen hat, und die Kirche, in der man die Frauen verbrannt hat. Wir möchten die Schulen sehen, die es gegeben hat, und die Werkstätten, die von den Armeniern betrieben wurden.

Wir wünschen uns, das auf den armenischen Teppichen, die nach dem Völkermord meterhoch aufgetürmt in den Moscheen lagen und in die europäischen Häuser und Museen transportiert wurden, das auf diesen Teppichen wieder steht, dass es sich um armenische Teppiche handelt.

Wir wünschten, dass die Keramik wieder als armenische Keramik in den Museen ausgestellt wird und das Land um den Ararat als historisches Armenien in den Geschichtsbüchern Berücksichtigung findet.

Soll dies Diaspora-Nationalismus sein?

Der Wunsch, die eigene Geschichte wieder als eigene Geschichte benennen zu dürfen?

Wer heute von einem Aufeinanderzugehen und von Versöhnung redet und dabei einerseits auf die politischen Zweckmäßigkeiten zwischen den Republiken Armenien und die Türkei, und andererseits auf einige der neuen, liberalen Stimmen in der türkischen Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit aufmerksam macht oder sich auf die instrumentalisierten Positionen von Hrant Dink beruft, der vergisst die armenische Diaspora. Der setzt eine verhängnisvolle Politik der Leugnung mit einer Politik der Ächtung und Diskriminierung fort, die nicht zuletzt in der Logik des Völkermords selbst steht.

So müssen wir heute "nein" zu dem Gedanken der Versöhnung sagen, nicht, weil wir auf das Schuldeingeständnis warten.

Wir sagen "nein", weil uns durch die nun fast Hundert Jahre dauernde Leugnung eine Geschichte, unsere Geschichte, entrissen wurde.

Und weil in diesen gegenwärtigen Diskussionen keine Bereitschaft erkennbar ist, unsere Geschichte anzuerkennen, sie zu retten: im Gegenteil.

Der Preis des politischen Aufeinanderzugehens, der Preis der politischen Versöhnung, ist der Verrat der Geschichte und Gegenwart der heimatlosen westarmenischen Diaspora.

Wenn wir heute nach dem Ort des armenischen Gedenkens fragen, dann müssen wir feststellen, dass wir Westarmenier in eine Isolation gerückt wurden. In Deutschland, ebenso wie in Frankreich, der Schweiz oder Österreich, den Niederlanden oder Schweden, den USA, Kanada oder Australien, sind die Westarmenier äußerst integrierte Staatsbürger. Doch in Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik gelten wir als subjektiv Betroffene. Jedem Wort wird misstraut. Jede Identifizierung wird als politisches Statement kritisiert, weil sie dem Geschichtsbild der Türkei entgegensteht.

Der Ort des Gedenkens der Armenier?

Das sind solche Stunden wie die heutigen. Jene Versuche, einen geschützten Raum zu finden, um das Schicksal der Männer, Frauen und Kinder erzählen zu können, die zum Opfer der Gewaltpolitik seit der Machtübernahme der Jungtürken im Jahr 1908 wurden.

Es sind jene Versuche, das Schicksal der Leugnung zu erzählen, dass das Schicksal der Nachkommen der Überlebenden ist, die immer selbst Überlebende bleiben werden, weil ihnen jene Lücke nicht nur zu erinnern und zu mahnen aufgegeben wurde, sondern weil sie diese selbst in ihrem Leben spüren müssen.

Während die einen also derzeit von Zusammenarbeit reden, andere von Versöhnung und wieder andere von Denkmälern, erlebt die westarmenische Diaspora eine neue Isolation: eine Isolation ihres Erinnerns, ihrer Identifizierungen und ihrer Gegenwart.

So ist der Ort des Erinnerns an den Genozid an 1,5 Millionen Armeniern und Hunderttausenden Aramäern ein isolierter Ort des Schweigens.

Dass diese Ächtung und Isolation, in die die Westarmenier gegenwärtig gerückt sind, so dicht ist, ist nicht zuletzt verursacht durch Logiken der Politik einer Weltgesellschaft, in denen nicht-staatliche Gemeinschaften grundsätzlich als problematische Akteure angesehen werden.

Gemeinschaften, die auf kollektiven Erinnerungen basieren, gelten als schwierig, weil Erinnern als irrational angesehen wird.

Schließlich werden Erinnerungen von den Trägern "gelebt", also von "subjektiven" Personen, die sich, so die politische Risikoeinschätzung, nur schwer den "objektiven" Regeln von Institutionen beugen.

Der Solidaritätsbruch, den man in der Welt gegenüber den armenischen Opfern beging, knüpft aber vor allem an eine zweite Übereinkunft an. Und zwar an eine gemeinsame politische Perspektive, die am Wechsel vom 19. zum 20. Jahrhundert entstanden ist: dass Nationen sich nicht nur gegen äußere Bedrohungen, sondern auch gegen sogenannte "innere Feinde" erwehren müssen.

Heute heißt das: Staaten brauchen eine Kohärenz.

Bringt ein Staat das Argument vor, dass die Minderheit, gegen die er mit Gewalt vorgeht, eine "unruhige" Minderheit war, dann kommt die Selbstverpflichtung der Nationen ins Spiel, sich nicht in die innere Angelegenheit anderer Staaten einzumischen.

Dann wird es möglich, schwere Menschenrechtsverletzungen als "ethnische Konflikte" zu tarnen.

Dies ist der Mechanismus, der zum ersten Mal mit dem Genozid an den Armeniern auf die Bühne der internationalen Politik trat.

Und es ist genau dieses Argumentationsmuster, das eine Hauptursache für den heutigen Solidaritätsbruch ist: nämlich die Verweigerung, die Erinnerung der Armenier zu akzeptieren.

Denn ebenso wie ein Genozid nicht möglich ist, ohne einen duldenden politischen Konsens, so ist auch die Leugnung von Genozid ohne diesen duldenden Konsens nicht möglich.

Und so konnte die türkische Leugnungspolitik sich Mustern bedienen, die gezielt an Ängste – aber auch an Feindbilder – des Westens anknüpfen; was noch einmal neu gelang, nachdem der Gedanke kohärenter Staatlichkeit nach dem 11. September so hohe Bedeutung erlangte.

So richtet die politische Weltgesellschaft ihren Blick auf die westarmenische Diaspora und nennt sie einen Störenfried, der die politische Zusammenarbeit vor Dilemmata stelle.

Die Antwort der politischen Weltgesellschaft ist nicht ein Nachdenken über den in der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Welt des 21. Jahrhunderts fehlenden Platz für nicht-staatliche Gruppen.

Die Antwort der politischen Weltgesellschaft ist das Aufstellen eines Verhandlungstisches zur Zusammenarbeit, an dem die Diaspora keinen Platz hat und es um Zukunft, nicht um Vergangenheit geht.

Dies ist, was ich mit der Isolation des Schweigens meinte.

Jene Umrahmung, die geschaffen wird durch die Argumentation der einen, die die Westarmenier als nationalistische Diaspora bezeichnen, eine Diaspora, welche sich vor allem auf die Instrumentalisierung ihrer Geschichte stütze, oder die Argumentation der anderen, dass die Westarmenier aufgrund ihrer jahrhundertalten Feindschaft zum "Nachbarn" Türkei sich heute anmaßen würden, ihre Geschichte in den Gang wichtiger politischer Verhandlungen zu werfen.

Gegen solche Argumente bleibt uns nichts anderes übrig, als mit Hartnäckigkeit unser Erinnern aufrechtzuerhalten.

Ein Erinnern, dass nicht nur Erklärungen beinhalten muss, wie es wirklich war, ein Erinnern, dass nicht nur dazu führen muss, dass man uns selbst fragt, dass nicht nur verlangen muss, dass wir als Subjekte unsere Geschichte wahrgenommen werden und über uns selbst Auskunft geben dürfen, sondern auch ein Erinnern, dass uns ermöglichen muss, unsere Geschichte, unsere Identifizierungen zu leben.

Auch fast hundert Jahre nach dem so radikalen Verlust von Gemeinschaft, Kultur, Sprache und Heimat, müssen wir daher ein Erinnern aufrechterhalten, das "Nein" sagt.

Dass wir nach wie vor zu einer solchen Haltung gezwungen sind, obwohl heute das Wissen über die Ereignisse zwischen 1908 und 1918 nicht mehr bestritten werden kann, angefangen bei den Boykotten und den diskriminierenden Gesetzgebungen, bis zu den Deportationen und den Todeslagern in den syrischen Wüsten, dies ist es, was uns heute so betroffen macht.

Verehrte Damen und Herren,

die heutige Gedenkstunde wird einigen Stimmen jener zerstörten Kultur selbst Ausdruck verleihen.

Sehr herzlich darf ich mich bedanken bei den Künstlern, der Sopranistin Liana Aleksanyan und der Pianistin Silva Schmedding-Farmasian, die diese Gedenkfeier nicht zuletzt mit der Interpretation einiger Werke des Komponisten Gomidas, der durch Deportation und den Völkermord gegangen ist und schwer traumatisiert wurde, musikalisch gestalten werden.

Ein besonderer Dank gilt Frau Melanie Blocksdorf, die sich kurzfristig bereit erklärt hat am heutigen Abend die Rezitation aus den Erinnerungen von Schuschani Gamberian, einer Überlebenden des Völkermords, zu übernehmen. Frau Blocksdorf, im Namen der Armenischen Gemeinde zu Berlin möchte ich Sie sehr herzlich hier bei uns begrüßen und Ihnen danken.

Besonders herzlich bedanken möchten wir uns auch bei Professor Knigge, der mit dem Aufbau des Programms der Gedenkstätte Buchenwald und mit seinen zahlreichen Schriften im Bereich der Forschung über den Nationalsozialismus und der Forschung zu Erinnern und Gedenken einen beispiellosen theoretischen Beitrag geleistet hat.

Ich habe heute ja darauf hingewiesen, wie schwierig es geworden ist, bei den Vertretern der Politik in der Bundesrepublik, Unterstützung für die armenische Erinnerung zu finden. Umso mehr möchte ich mich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Landtage bedanken die der Einladung zu unserer Gedenkfeier gefolgt sind.

Eine große Freude ist es daher auch, dass Herr Walter Momper, der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, heute hier bei uns ist und zu uns sprechen wird. Herr Momper, Sie haben vor fünf Jahren, zum 90. Jahrestags des Völkermords zum Gedenken an die Opfer des Völkermords gesprochen und sind heute, zum 95. Jahrestag wieder bei uns. Dass Sie als einer der wenigen Politiker das ehrende Gedenken und die Verpflichtung gegenüber der Geschichte höher stellen als das tagespolitische Kalkül, dies ist eine wichtige Ermutigung für das armenische Gedenken und für die armenische Gemeinschaft in der Bundesrepublik.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Hiersein und möchte Sie um Ihr Wort bitten.